



Innenausschuss

46. Sitzung (öffentlich)

25. September 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Einsatz der Polizei aus Anlass des „Anti-Islamisierungs-Kongresses der ‚Bürgerbewegung pro Köln e. V.‘ und ‚pro NRW‘“ sowie verschiedener Gegenveranstaltungen am 19. – 21.09.2008 in Köln. 5**

In Verbindung mit:

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen keine Chance geben

- Bericht von Inspekteur der Polizei Wehe (IM) 5
- Bericht von Innenminister Dr. Ingo Wolf 11
- Aussprache 12

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) 21**

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 14/7000
Einzelplan 03
Vorlage 14/1984 (Erläuterungsband)

– Aussprache 21

3 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7433

– Beratung 23

4 Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften mit Landtagsbeteiligung im Geschäftsbereich des Innenministeriums 24

Vorlage 14/2047

Es wird festgehalten, dass die erforderliche Anhörung des Ausschusses erfolgt ist.

5 Stillstand in der Innenpolitik beenden – Polizei und Verfassungsschutz brauchen endlich verfassungskonforme Gesetze! 25

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/7447

Keine Wortmeldungen.

6 Verlauf des Auswahlverfahrens für die Einstellung in den gehobenen Polizeivollzugsdienst des Landes NRW zum 01.09.2008 26

Vorlage 14/2049 (Nachdruck)

in Verbindung damit:

Einstellungsverfahren 2008 für Polizeianwärterinnen und -anwärter

– Aussprache 26

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000
Einzelplan 03
Vorlage 14/1984 (Erläuterungsband)

Vorsitzender Winfried Schittges teilt mit, heute stehe die Detailberatung des Einzelplans 03 an. Dazu liege der Erläuterungsband als Vorlage 14/1984 vor. In der nächsten Sitzung am 30. Oktober würden die Änderungsanträge zum Haushalt im Ausschuss eingebracht und abgestimmt.

Gerd Stüttgen (SPD) führt aus, der Haushaltsansatz in Kapitel 03 010 Titel 531 10 – Presse – sei um 5.000 € auf 43.000 € erhöht worden. Die Landesregierung spreche ja immer von Konsolidierung. Eine Haushaltskonsolidierung vermöge er bei dieser Haushaltsposition nicht zu erkennen. Der Abgeordnete möchte den Grund für diese Erhöhung des Ansatzes wissen.

Bezüglich des Kapitels 03 310 Titel 422 01 fragt der Abgeordnete, wie viele kw-Stellen im Jahre 2008 bisher bei der Polizei realisiert worden seien und wie viele kw-Stellen im Jahre 2009 realisiert würden.

Monika Düker (GRÜNE) legt dar, in der Vergangenheit habe es in Nordrhein-Westfalen sehr viele Datenschutzskandale gegeben. Laut Innenminister gebe es in Nordrhein-Westfalen eine der schlagkräftigsten und am besten ausgestatteten Datenschutzbehörden. Sie würde interessieren, wie die Landesregierung mit Datenschutz auf der einen Seite und Sicherheit auf der anderen Seite umgehe. Dem Haushaltsplan entnehme sie, dass es im Bereich Datenschutz eine Einsparung um 1,5 % sowie eine Umsetzung der Arbeitszeitverlängerung durch Stelleneinsparung gebe. Ihres Wissens gebe es Beides im Bereich der Polizei nicht. Die Abgeordnete fragt, ob dies stimme.

Sören Link (SPD) sagt, in Kapitel 03 110 Titel 812 60 sei 1 Million € für die Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten veranschlagt. Der Abgeordnete bittet um eine Erläuterung.

StS Karl Peter Brendel (IM) antwortet, es sei unstreitig, dass der Datenschutz eine besonders wichtige Aufgabe im Lande Nordrhein-Westfalen darstelle. Seiner Auffassung nach habe die Landesregierung in diesem Bereich bereits deutliche Signale gesetzt, und zwar nicht nur im Bereich der Gesetzgebung, sondern auch im Personalbereich. Es gebe keine Belastung des Datenschutzbereichs, sondern eine Entlastung im Bereich der Polizei. Die Datenschutzbeauftragte sei ja nicht bei der Polizei angesiedelt, sondern gehöre zum allgemeinen Bereich der Verwaltung. Damit sei die

Datenschutzbeauftragte von den erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen in gleicher Weise betroffen wie der Rest der Verwaltung. Im Ländervergleich liege Nordrhein-Westfalen, was die Personalausstattung im Bereich der Landesbeauftragten für den Datenschutz angehe, an der Spitze. Diese Situation bleibe auch in der derzeit schwierigen Haushaltslage erhalten.

MR'in Zurhausen (IM) gibt zu Antwort, im Haushalt 2008 seien für die Polizei 1.165 kw-Vermerke ausgebracht. Diese verringerten sich in 2009 um 399 auf 766 kw-Vermerke. 2009 müsse die Polizei 185 kw-Vermerke erbringen, rund 50 hiervon würden durch Altersabgänge erbracht. Die kw-Realisierungen erfolgten alle außerhalb des Vollzuges.

Bezüglich der Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten stünden Überlegungen an, diese Bearbeitung zu zentralisieren. Hierfür habe man vorsorglich 1 Million € in den Haushalt eingestellt.

Hinsichtlich des Presseansatzes habe es Verlagerungen im Haushalt gegeben, die insofern notwendig gewesen seien, als man nun die elektronische Presseschau im Innenministerium zentral abwickle.